



Baumschulallee 15  
53115 Bonn  
Tel: 0228/60496-0  
Fax: 0228/60496-40

E-Mail:  
bg@tierschutzbund.de

Internet:  
www.tierschutzbund.de

## Stimme für die Tiere. Resolution der Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes zur Bundestagswahl 2009

Am 27. September ist Bundestagswahl, und Tierschützer sind auch Wähler. Der Deutsche Tierschutzbund und die ihm angeschlossenen Mitgliedsvereine fordern von den neuen Parlaments- und Regierungsvertretern eine Tierschutzpolitik, die dem Staatsziel Tierschutz gerecht wird.

Der Tierschutz steht seit 2002 als Staatsziel im Grundgesetz. An den Missständen beim Umgang mit Tieren in Landwirtschaft und Forschung hat sich seither jedoch kaum etwas geändert. Heim- und Wildtiere sind ebenfalls nach wie vor der Willkür von Menschen ausgeliefert. Der Hauptgrund dafür ist, dass die zu schließende Lücke zwischen Gesetzgebung, Kontroll- und Zugriffsrechten auf der einen Seite und Vollzug auf der anderen Seite zu groß ist, um das Staatsziel in der Praxis durchzusetzen. Insbesondere das Tierschutzgesetz, das den Missbrauch von Tieren teilweise nur regelt, statt ihn zu verhindern, wurde noch nicht an den Verfassungsauftrag zum Tierschutz angepasst. Dies belegt auch die Dokumentation *Tierschutz: Anspruch und Wirklichkeit*, in der Momentaufnahmen aus dem bundesdeutschen „Tierschutz-Alltag“ zusammengestellt sind.

Zu den Kernforderungen der Tierschützer gehören:

- **Das Staatsziel Tierschutz muss sich endlich im Alltag niederschlagen**
  - o Wir fordern die Einführung des bundesweiten Verbandsklagerechts für anerkannte, gemeinnützige Tierschutzorganisationen
  - o Wir fordern eine umfassende Novellierung des Tierschutzgesetzes, indem das Staatsziel Tierschutz endlich berücksichtigt wird.
  
- **Tierheime brauchen eine verlässliche finanzielle Absicherung**
  - o Wir fordern feste Regeln für eine stärkere Förderung des karitativen Tierschutzes aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln. Tierheime erfüllen öffentliche Aufgaben. Dafür muss eine kostendeckende Erstattung durch die öffentliche Hand gewährleistet sein.
  
- **Tiere in der Landwirtschaft müssen zukünftig tiergerecht gehalten und transportiert werden**
  - o Wir fordern aktuell u.a. das Verbot der Käfighaltung von Kaninchen.

*Bitte wenden*

- **Tieren dürfen aus wirtschaftlichen Gründen keine Schmerzen und Leiden zugefügt werden**
  - o Vorrangig fordern wir das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration spätestens ab 2012.
- **Tierversuche müssen umgehend grundsätzlich verboten werden**
  - o Vorrangig fordern wir ein vollständiges Verbot von Affenversuchen sowie die stärkere Förderung und Durchsetzung von Alternativmethoden zu Tierversuchen.
- **Heimtiere brauchen umfassenden Schutz**
  - o Wir fordern rechtsverbindliche Regelungen zu Haltung, Zucht, Handel und Ausbildung im Heimtierbereich sowie zur Kennzeichnung und Registrierung von Heimtieren.
- **Wildtiere gehören nicht in Menschenhand**
  - o Wir fordern ein Verbot der Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben.
- **Herkömmliche Jagd ist nicht mehr zeitgemäß**
  - o Wir fordern eine umfassende Novellierung des Bundesjagdgesetzes.
- **Der Verbraucher muss tierfreundliche Kaufentscheidungen treffen können**
  - o Wir fordern eine klare Produktkennzeichnung unter Tierschutzaspekten.

Der Deutsche Tierschutzbund und die ihm angeschlossenen 750 Mitgliedsvereine sind parteipolitisch neutral - aber tierschutzpolitisch konsequent. Wir rufen daher die Wählerinnen und Wähler dazu auf, auch den Tierschutz bei der Abwägung, welche Partei zukünftig regieren soll, zu berücksichtigen. Die Tiere haben eine Lobby: Die Millionen Tierfreunde sind auch Wählerinnen und Wähler.

Gehen Sie wählen. Stimmen Sie für die Tiere.

Bonn, 19. September 2009